

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärtig 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.

Nummer 77

Wildbad, Dienstag, den 6. April 1920.

54. Jahrgang.

Die Valuta der Mark.

Die Rückwirkungen, die das Kappabenteuer und der Aufruf im Ruhrgebiet auf den Kredit der Marknote ausgeübt haben, lassen sich jetzt einigermaßen übersehen. Es kann festgestellt werden, daß die Mark von diesen Vorgängen weniger berührt worden ist, als unter anderen Verhältnissen zu erwarten war. Die Kursentwicklung war folgende (in 100 Mark):

	Freidankskurs	2. 1. 19	11. 3. 20	13. 3. 20	Jetzt
Kopenhagen Kronen	88,89	47,45	9,50	8,40	8,00
Stockholm Kronen	88,89	44,00	7,25	6,25	6,45
Amsterdam Gulden	59,25	38,40	3,90	3,20	3,70
Brich Franken	123,45	60,00	8,05	7,10	7,90

Das Ausland zeigt also unverkennbar eine Zunahme des Vertrauens zur Marknote. Besonders bezeichnend ist hierfür, daß sich in der letzten Zeit der Kurs der deutschen Mark besser gehalten hat, als der Kurs des französischen Franken und der italienischen Lira.

Ihren Ausgangspunkt nahm die Widerstandsfähigkeit der Mark von dem lebhaften Interesse, das die Vereinigten Staaten für Marknoten, wie überhaupt für deutsche Werte, an den Tag legen. Während der Tage der Kapp-Regierung haben die Amerikaner umfangreiche Käufe in Reichsmark und deutschen Werten vorgenommen. Daher glauben die übrigen Länder an ein baldiges amerikanisches Hilfsunternehmen für Deutschland. Sie haben sich in diesem Glauben auch durch das Stocken der deutsch-amerikanischen Kreditverhandlungen nicht hängen lassen. Besonders in den neutralen Ländern sieht man überall auf die Auffassung, daß zwar an einen großen amerikanischen Staatskredit an Deutschland nicht zu denken sei, daß aber Deutschland privat große Lebensmittel- und Rohstoffkredite erhalten werde. Die amerikanische Volkswirtschaft verlangt angesichts des anhaltenden Rückgangs der amerikanischen Ausfuhr als Folge des hohen Dollarkurses die baldige Eindämmung von Valutakrediten an Deutschland, zumal erfahrungsgemäß die Monate vor der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten ein Nachlassen des einheimischen Handelsverkehrs bringen, was die Wiedergewinnung des deutschen Absatzgebietes der amerikanischen Handelswelt besonders wichtig erscheinen läßt. Auch die englische Presse betont auffallend, daß der englische Handel, der in den Ueberseeländern schwer mit der Konkurrenz der amerikanischen und japanischen Waren zu kämpfen hat, die gesamte europäische Produktion, an erster Stelle aber die deutsche Produktion brauche, um sein Warenangebot in Uebersee möglichst reichhaltig gestalten zu können.

Beachtenswert ist ferner die Zurückhaltung in Warenhandel. Die Kreise, die bisher so viel Warenbestände, als irgendwie erreichbar waren, aufstapelten, kaufen augenblicklich nur das Notwendigste, weil der plötzliche Rückgang einer Anzahl von Warenpreisen ihnen zum Bewußtsein gebracht hat, welch großes Risiko in den hohen Warenpreisen liegt. Diese Entwicklung hat auch zu einer Einschränkung der wilden Einfuhr von entbehrlichen und von Luxuswaren geführt.

Die italienische Lira und der französische Franken haben neue Valutaeinbuße erlitten. Die Lira notierte am 1. April im freien Verkehr nur mehr 26 Cts., der französische Franken wurde mit 36 Cts. gehandelt. Das sind die niedrigsten bisher verzeichneten Kursnotierungen. Die Massenangebote in Lire und Franken weisen darauf hin, daß man die Wirtschaftslage in Italien und Frankreich für sehr ernst ansieht.

Neues vom Tage.

Verabschiedung der Offiziere.

Berlin, 5. April. Nach einer Verordnung der Reichsregierung werden auf den 31. März 1920 alle Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere und Fähnriche des Uebergangsheeres, der neutralen Zone, des Abwicklungsreviers usw. verabschiedet. Offiziere und Fähnriche, die vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 aktiven Dienst getan haben, werden auf den 9. April verabschiedet. Nicht inbegriffen sind die in der Reichswehr haushaltmäßig eingestellten Offiziere.

Neue Mainlinie?

München, 5. April. Der neugegründete „Bayerische

Ordnungsblod“, der sich bereits über ganz Bayern erstreckt, nimmt in einem Aufruf scharf gegen die Reichsregierung Stellung; in dem Aufruf heißt es u. a.: Es geht zum Endkampf zwischen Bürgertum und Terror, zwischen Roten Armee und Reichswehr, zwischen internationalem Böbel und Nationalismus. Die Reichsregierung, die gegen jeden Verfassungsbruch von rechts flammend protestiert, beschützt jeden Verfassungsbruch von links. Die Reichsregierung unterdrückt willkürliche Streiks nicht, die das Volk endgültig verelenden und dem Böbel jederzeit jede Ordnung ausliefern. Die Reichsregierung macht sich eins mit den radikalen Bestrebungen. Sie unterstügt dadurch den Klassenkampf, sie verläßt damit selbst die Verfassung. Worauf läuft das hinaus? Haben wir die Rätezeit vergessen, die wir schauernd in München erlebten? Die äußerste Gefahr droht. Der brutale Kampf bis aufs Messer wird uns angesetzt. Es heißt jetzt, untergehen oder sich sammeln gegen den Umsturz. — Dazu bemerkt die „Augsburger Abendzeitung“: „Wenn es nicht gelingt, auch Norddeutschland endlich auf- und zusammenzurufen zum Kampf gegen den Bolschewismus, dann dürfen wir nicht davor zurückschrecken, eine neue Mainlinie zu ziehen.“

Die Kammerwahlen in Bulgarien.

Sofia, 5. April. Gewählt sind 113 Agrarier, 48 Kommunisten, 34 Demokraten, 15 Nationalisten, 7 Sozialisten, 7 Fortschrittler, 6 Radikale, 3 Liberale und 3 Ghendewisten. Die Agrarier gewonnen 27 Siege, die Sozialisten verlieren 30.

Der Streik in Italien.

Mailand, 5. April. Der Streik der Landarbeiter nimmt gefährlichere Formen an. Verschiedene Güter wurden zerstört, die Gendarmerie hatte mehrfache Kämpfe zu bestehen. Von den Staatsangestellten sollen sich 77 000 im Ausstand befinden. Seit dem 2. April stehen 30 000 Papierarbeiter im Streik. Nach dem „Corriere della Sera“ streiken im Gebiet von Turin 50 000 Metallarbeiter trotz des großen Entgegenkommens der Arbeitgeber. Der „Avanti“ meldet, in Genua seien 50 000 Mann Truppen zusammengezogen.

Kopenhagen, 5. April. Der Reichstag wird auf den 14. April einberufen. Die Neuwahlen sollen am 22. April stattfinden.

Die dänische Bauernschaft hat dem König ihre Huldigung ausgedrückt; aus dem ganzen Lande und aus vielen Städten gingen zahlreiche Telegramme ein, die dem König für seine Festigkeit dankten. Die radikalen Sozialisten veranfaleten in Kopenhagen Umzüge und Protestkundgebungen. Ministerpräsident Liebe ist ermächtigt, über das Königreich den Belagerungszustand zu verhängen. Die im Hafen liegenden englischen und schwedischen Schiffe haben die Versorgung mit Lebensmitteln zugesagt, sobald der Generallstreik die Versorgung der Bevölkerung nicht gefährden würde.

London, 5. April. „Times“ melden, die Türken in Kleinasien unter Kemal Pascha haben Ababazar besetzt und stehen den englischen Streitkräften im Bezirk Smit gegenüber. — In Konstantinopel soll ein islamischer Kongress von Vertretern der Türkei, Ägyptens, Indiens und Persiens abgehalten werden.

Ereignisse im Reich.

Berlin, 5. April. Da die Aufständischen im Ruhrgebiet sich nicht an das Bielefelder Abkommen gehalten haben, hat Zivilkommissar Severing in Münster freie Hand erhalten. Aus dem Ruhrgebiet laufen fortgesetzt Bitten um Hilfe gegen die plündernden Vandalen ein. Die Truppen rücken von Norden her gegen Duisburg und von Osten gegen Unna vor.

Reichskanzler Müller machte Vertretern der Presse gegenüber Mitteilungen über den Stand im Ruhrgebiet. Die Lage ist sehr ernst. Die Regierung habe sich über acht Tage lang bemüht, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Jetzt sei sie überzeugt, daß die Heilung von innen heraus nicht erfolgen könne. Besonders in Duisburg, Mülheim und Essen sehe es schlimm. Allen Notschreien gegenüber habe er (Müller) eine gewisse Zurückhaltung beobachtet, da sie nur aus Kreisen der bürgerlichen Parteien und der christlichen Arbeiter

kamen. Nun seien aber die Klagen auch von sozialistischer Seite eingegangen. Die ganze Bevölkerung würde den Einmarsch der Reichswehr als Erlösung betrachten. Unter den Aufständischen befinden sich zahlreiche Bolschewisten. Die Verhältnisse seien in der Presse bisher viel zu günstig dargestellt worden.

Berlin, 5. April. Nach amtlichen Nachrichten hat in einer großen Anzahl von Orten, so in Elberfeld, Remscheid und Hagen die Waffenabgabe stattgefunden, doch nicht in genügendem Umfang, so daß sich noch immer die Hälfte der Waffen in den Händen der Aufrührer befinden. In Duisburg, Dortmund und Bochum wird die Waffenabgabe überhaupt verweigert. Die Behörden sind fast überall wieder in ihre Rechte eingesezt, doch sind sie fortwährend den Schikanierungen der Aktionsausschüsse ausgesetzt. In Herne wurde das Rathaus gestürmt. Düsseldorf ist von Reichswehrtruppen besetzt worden. In Hamburg wird schwer gekämpft; auch Artillerie greift in den Kampf ein. Man hofft, heute noch Duisburg zu entsezen. In Elberfeld glaubt man ohne militärische Aktion auszukommen. Auf Sterkrade waren Reichswehrtruppen im Anmarsch. Der Teil der Roten Armee, der die Stadt besetzt hielt, ist daraufhin gestücht. Aus Duisburg werden umfangreiche Plünderungen von Läden und Lagern gemeldet. In Essen stuteten bedeutende Massen der Roten Armee zusammen. Sie verlangten, von der Stadtverwaltung gelöhnt zu werden, und wollten dann die Waffen abgeben. Die Stadtverwaltung hat dies abgelehnt. In Düsseldorf wurde erneut der Generallstreik proklamiert, doch ohne viel Erfolg.

Essen, 5. April. Die Aufständischen haben verschiedene Vandalen gebildet, die die Städte und das Land brandstapeln. Auf ihrem Rückzug nahmen sie die Geschütze mit, was darauf hinweist, daß sie den Kampf fortsetzen wollen.

Saarbrücken, 5. April. In Saarbrücken und Saarlouis fanden Versammlungen statt, die von vielen Tausenden besucht waren. Es wurden gegen die französischen Bedrückungen Widerspruch erhoben und feierlich erklärt, daß alle Lockungen und alle Quälereien nicht imstande sein werden, die Bevölkerung im treuen Festhalten am Deutschtum wankend zu machen.

Wilhelmshaven, 5. April. Das Reichsmilitärgericht hat angeordnet, die 600 verhafteten Seeoffiziere freizulassen. Sie sind noch in Haft.

Königsberg i. Pr., 5. April. Der Hafnenbetrieb ruht infolge des Streiks der Hafnenarbeiter vollständig.

Blauen, 5. April. Im Vogtland hat der Vollzugsausschuß des Arbeiterrats in Oelsnitz eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der zur Vermehrung der Arbeiterwehr aufgefordert wird und von zehn bekannten Deutscher Fabrikanten je 100 000 Mk. zur Unterhaltung der Arbeiterwehr verlangt werden.

Paris, 5. April. Millerand erklärte dem deutschen Geschäftsträger Mayer, die französische Regierung werde den Nachschub deutscher Truppen in die neutrale Zone nicht gestatten, sie werde aber die von Mayer vorgebrachten Gründe nachprüfen.

Das Uebereinkommen von Münster.

Essen, 5. April. Zwischen dem „Kampfsentralrat“ und der Reichsregierung ist in Münster folgende Vereinbarung getroffen worden: Die revolutionäre Arbeiterschaft stellt bis 2. April, mittags, den Kampf ein, liefert die Waffen ab und läßt die Geangenen frei. Die Regierung sichert für alle Arbeiter, die bis 2. April die Waffen niederlegen, volle Straffreiheit zu; sie verpflichtet sich, den Ausnahmezustand und das Standrecht aufzuheben, den Einmarsch der Regierungstruppen in das Industriegebiet zu verhindern, eine Untersuchung gegen General Watter wegen „gegenrevolutionärer Betätigung“ einzuleiten, alle am Kapp-Putsch Beteiligten zu entlassen und zu bestrafen, alle nicht unbedingt zuverlässigen Militärformationen aufzulösen und durch organisierte bewaffnete Arbeiter zu ersetzen und die im Ruhrgebiet gebildeten Arbeiter räte, Bezirksräte und den Zentralrat anzuerkennen. Außerdem verpflichtet sich die Regierung, die 9 Punkte der Berliner Gewerkschaftszentrale durchzuführen.



Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

(Schluß.)

Die große Masse der Steuerzahler interessieren lediglich die Fragen nach dem Kapitalvermögen unter III. Das Gefühl der Sicherheit, einmal nichts zahlen zu müssen, ist ja so unendlich süß! Und in der Tat wird mancher, der in unseren Eingangsteilen gelebt hat, daß nur der Zuwachs über 5000 Mk. besteuert wird, den Fragebogen mit weislich erleichtertem Herzen zur Hand nehmen und seelenruhig die Angaben machen, die ihn doch nicht kosten werden.

Die Fragen nach den einzelnen Arten des Kapitalvermögens sind so eingehend spezialisiert, das eine Erläuterung kaum vorzuziehen ist. In der Hauptsache kommen Wertpapiere in Betracht. Wie leben ja im papiernen Zeitalter, besonders was Geld angeht! Die amtlichen Kurse vom 30. 6. 1919 sind bei jeder Bank zu erfahren. Da infolge des sogenannten Verzinszwangs die Besitzer von verzinslichen Papieren (Anleihen und dgl.) ihre Wertpapiere entweder bei einer Bank Sparkasse usw. hinterlegt oder dem Finanzamt eine Aufstellung darüber bereits eingereicht haben, wird die Zusammenstellung der zum Kapitalvermögen gehörigen Werte jetzt keine Schwierigkeiten bereiten.

Nachdem so das Vermögen auf den 30. Juni 1919 festgestellt worden ist, sind unter II die Kapitalschulden aufzuführen, denn diese müssen natürlich abgezogen werden, um das Reinerlösnis zu erhalten. Die Schulden von Ehemann und Ehefrau werden zusammen gerechnet. Laufende Hauszinsloskosten dürfen nicht an Schulden abgezogen werden, wohl aber einmalige außerordentliche Schulden, wie z. B. die Kosten einer großen ärztlichen Operation, die Kosten anlässlich der Geburt eines Kindes, die Aussteuerung einer Tochter, des Todes eines Haushaltungsangehörigen. Einkommensteuerrückstände von 1919 dürfen nicht abgezogen werden, hingegen Steuerrückstände aus früheren Jahren; nach ihnen ist unter V besonders gefragt.

Die Frage, ob jemand eine Rente bezieht oder eine Rente zu zahlen hat, ist von Bedeutung (vgl. III), damit beurteilt werden kann, ob solche Lasten eine Abgabepflicht begründen oder abgezogen werden können, und damit ihr Kapitalwert richtig nach der Kriegsabgabenordnung berechnet werden kann.

Vom Endvermögen ist abzuziehen, vermindert also die Steuerlast, was man im Veranlagungszeitraum, d. i. vom 1. Februar 14 bis 30. Juli 19, geerbt oder geerbt oder aus einer Versicherung ausgezahlt erhalten oder aus der Veräußerung steuerfreier Gegenstände erzielt hat, ferner als Kapitalabfindung für Körperverletzung und dgl. erlangt hat. Die Beantwortung dieser Fragen unter IV liegt im eigenen Interesse des Steuerpflichtigen, ebenso die Fragen unter V nach den Steuerständen.

Dem Endvermögen sind hinzuzurechnen, erhöhen also die Steuerlast, die unter VII nach § 8 des Gesetzes aufgezählten Beträge. Das sind die Summen, die jemand zu Schenkungen, zum Ankauf von Grundstücken und Gewerbebetrieben im Ausland, ferner von Schmuck- und Luxusgegenständen a. dgl. verwendet hat, also die echten Kriegsgewinne, die vor allem getroffen werden sollen. Natürlich müssen die Gegenstände noch im Besitz des Abgabepflichtigen sein.

Kann jemand die Frage IX nach dem Anfangsvermögen nicht beantworten, weil er seinen Wehrbeitrags- oder Besitzsteuerbescheid nicht mehr zur Hand hat, so genügt es, wenn er den Ort angibt, wo er damals gewohnt hat. Von dem dortigen Finanzamt kann dann die erforderliche Auskunft beigezogen werden.

Für diejenigen, die weder zum Wehrbeitrag noch zur Besitzsteuer veranlagt worden sind, ist unter X die Frage gestellt, wie sich ihr Anfangsvermögen nach dem Stande vom 1. Januar 1914 oder nach dem Termin eines späteren Eintritts der Steuerpflicht berechnet.

Festgedruckt, also bedeutungsvoll ist endlich die Frage XI, ob man am Stichtag für das Endvermögen, also am 30. Juli 19, bei einer Bank, Sparkasse usw. ein Guthaben, Schließfach, laufendes Konto, verschlossenes Depot usw. gehabt hat, und wenn ja, bei welcher Bank.

An sich sind solche Wertgegenstände und Guthaben schon unter Kapitalvermögen aufzuführen gewesen, die Frage nach der Bank kann also nur die Bedeutung einer Kontrollmaßnahme haben. Durch den Depotzwang ist die Bank ohnehin zur Auskunft verpflichtet.

Auf wesentlich falsche Angabe ist schwere Strafe gesetzt. Andererseits soll denen, die es bisher mit der Deklaration zum Vermögen und Einkommen nicht genau genommen haben, bis zum 15. April 1920 Gelegenheit gegeben sein, ihre Unterlassungssünde wieder gut zu machen und das bisher verschwiegene Vermögen und Einkommen dem Finanzamt anzugeben. Diese reumütige Angabe befreit dann von jeder Steuerstrafe, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen und Einkommen bezieht.

Württemberg.

Stuttgart, 1. April. (Zubikäum.) Das städt. Arbeitsamt kann heute auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Stuttgart, 3. April. (Abstimmung über den Generalfreik.) In einer Vertreterversammlung der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts wurde gestern abend mit 17260 gegen 10822 der vertretenen Stimmen beschlossen, sofort zum Generalfreik aufzurufen, wenn die Truppen in Rheinland-Westfalen in Aktion treten sollten. Probeabstimmungen in einigen Betrieben ergaben dagegen eine erhebliche Mehrheit gegen den Streik.

Stuttgart, 3. April. (Zeure Zeit.) Der Gemeinderat bewilligte für die Beschaffung von Stoffen und Bettzeug für das hiesige Katharinenhospital 100000 Mk. Mit diesem Geld hätte man früher ein ganzes Spital bauen können.

Der Eierpreis wurde auf 74½ Pfg. für Kleinhändler und 80 Pfg. das Stück für die Verbraucher festgesetzt.

Vom 8. April an kostet in Württemberg Schweineerlässe mit 25 bis 30 Prozent Fettgehalt ab Erzeuger 3.20 Mk., im Großhandel 3.40 Mk. (im Durchschnitt 3.50 Mk.) und im Kleinhandel 4.15 Mk. das Pfund.

Shningen O. A. Böblingen, 3. April. (Diebstahl.) In der Nacht zum Mittwoch wurde einem Landwirt eine irischmelkende Kuh im Wert von 11000 Mark aus dem Stall gestohlen.

Ulm, 3. April. (Kirchliches.) Der Verein der katholischen Geistlichen Württembergs hält am 21. April eine Gründungsversammlung im hiesigen Gesellenhaus ab.

Mitrad O. A. Leutkirch, 3. April. (Erwischt.) Der Kirchenräuber, der in der Nacht zum 16. Februar in der hiesigen Kirche Gegenstände im Wert von 6 bis 7000 Mark stahl, ist wegen anderer Vergehen in München verurteilt worden. Es ist der 61jährige Holzbildhauer Baptist Kiechle von Hochberg bei Rempten. Die Gegenstände dürften verloren sein.

Habensburg, 3. April. (Gegen das 8. Schuljahr.) Der Ausschuss des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins hat folgende Entschließung gefaßt: Der Verein ersucht die Landwirtschaftskammer, zugleich mit allem Nachdruck gegen das von der Regierung geplante 8. Schuljahr aufzutreten. Um mit 12-14stündiger Arbeitszeit das ganze Volk ernähren zu können, braucht die Landwirtschaft jede Hand, die irgendwie verfügbar ist. Ein 8. Schuljahr würde ihr Millionen brauchbarer Hände entziehen. Dem widersteht sich die Landwirtschaft. Sie will nicht verdoppelt fronden und sich abschlinden, damit einige Schulpolitiker ihr in die Reichsverfassung eingeschmuggeltes Stredenpferd reiten können. Das Volk braucht zuerst Brot. Der Bauernstand schafft das Brot. Die andern Berufsstände mögen ihm dabei helfen und nicht mit solchen Neuerungen ihm an dieser Arbeit hindern.

Waldsee, 1. April. (Zeitgemäße Besohnung.) Kam da neulich einem Waldsee'r Bürger ein scheidiger Hund abhanden, dessen Verlust dem Manne scheint's überaus nahe gegangen ist, denn lt. Anzeigenteil des „Waldsee'r Tagblatts“ zahlt der Besitzer demjenigen, der ihm seinen Hund lebendig oder tot beibringt, einen guten Geldbetrag und — 50 Eier.

Von der Erz, 3. April. (Ein halber Zentner Silbergeld gestohlen.) Schon wieder wurde in Pforzheim ein großer Einbruch verübt, und zwar in

einer Wohnung in der Beistrafstr., wobei ein halber Zentner Silbergeld gestohlen wurde nebst einigen Goldstücken, etwas Kornsilber, Feingold, 1 Emailldose, 1 Damenuhr usw., für zusammen 56200 Mk. Es sind 5000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Baden.

Karlsruhe, 3. April. Das Finanzministerium hat mit Zustimmung des Landtags angeordnet, daß die Teuerungszulagen badischer Beamten nach den seit dem 1. Januar d. J. gültigen Sätzen bis auf weiteres auch nach dem 1. April weiter bezahlt werden. Die badische Regierung beabsichtigt ferner, dem Landtag vorzuschlagen, die neue Befoldungsordnung, die im Anschluß an die Reichsbefoldungsordnung ausgearbeitet wird, mit Rückwirkung vom 1. April an in Kraft treten zu lassen.

Karlsruhe, 3. April. Der Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe hat beschlossen, der Kammer Sachausschüsse (Metall-, Leder- und Papier-, Nahrungs- und Genussmittel-, Bekleidungs- und Reinigungs-, Baugewerbe usw.) als Organe einzubauen. Die Mitglieder sollen von den Handwerkerfachorganisationen und den Arbeitnehmerfachverbänden abgeordnet werden. In ihre Zuständigkeit wird namentlich die Regelung und Ueberwachung des Lehrlingswesens fallen, wie Höchstzahl der Lehrlinge, Lehrlingsvergütung, Arbeitszeit der Lehrlinge, deren Unterkunftsräume, Hebung des Mangels an Facharbeitern, Ausarbeitung eines der heutigen Zeit entsprechenden Lehrvertrages und dergl. Ausscheiden müßten selbstverständlich Angelegenheiten des Lohn- und Tarifikampfes, was Sache der Arbeitgeberverbände ist. Die Vollversammlung, die Mitte April ist, wird endgültig über die Bildung der Sachausschüsse beschließen.

Bruchsal, 1. April. Der Verleger und Herausgeber der „Bruchsaler Zeitung“, Ewald Schmidt kann heute sein 10jähriges Geschäftsjubiläum feiern. An diesem Tage übernahm er den Verlag der Bruchsaler Zeitung, die bis dahin im Besitz des Herrn Detlef Weber war. Die Bruchsaler Zeitung gehört zu den ältesten politischen Blättern des Landes.

Donaueschingen, 3. April. Der 13jährige Sohn des Hofbuchhändlers Hofer ist seit dem Mittwoch der letzten Woche spurlos verschwunden. Er soll den Eltern schriftlich mitgeteilt haben, er sei auf einer Reise nach Mexiko. Man befürchtet, daß er von dem ehemaligen Lehramtspraktikanten Wiedmeier zu verbrecherischen Taten entführt worden ist. Wiedmeier war vor zwei Jahren aus dem Schuldienst entlassen worden und hat früher in Auen die Landwirtschaft erlernt, ist aber dort ebenfalls verschwunden. Wiedmeier soll im Besitze eines Passes nach Mexiko sein, der auf den Namen eines Fabrikanten lautet. Am Tage, an dem Hofer zum letzten Mal gesehen wurde, soll er mit Wiedmeier in der Richtung nach Immendingen gefahren sein.

Jarten, 3. April. Das Ställe bei Michelsbauernhof ist niedergebrannt. Es wurden darin Schränke, Koffer und Kisten mit Tuchvorräten, landwirtschaftliche Maschinen, Fleisch und Speck usw. aufbewahrt. Es konnte nur wenig gerettet werden, sodas ein Schaden von über 40000 Mk. entstanden ist. Man vermutet Brandstiftung. Die Geschädigten sind drei Waisenkinder.

Lahr, 3. April. Grenzaufseher Schmidt in Schutterwald hat sich auf seinem Dienstgange aus Unvorsichtigkeit erschossen. Sein Begleiter gab an, der Verunglückte sei betrunken gewesen und habe leichtfertig mit seiner Waffe hantiert, diese sei infolgedessen losgegangen und der Schuß habe ihn getroffen. Die Kugel ging durchs Herz, sodas der Tod sofort eintrat.

Freiburg, 3. April. In einem Gebäude der von der Reichswehr-Artillerie verlassenen Kaserne hat ein Beamter der Sicherheitspolizei bei Aufräumungsarbeiten im Dachraum eine unter Papier- und Kleiderabfällen liegende Handgranate unvermerkt abgezogen und ist dadurch ums Leben gekommen.

Freiburg, 3. April. Der Prinz der Niederlande, der sich acht Wochen lang hier aufhielt, ist wieder nach Holland zurückgereist.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

„Ach bleib' dabei, Jungens!“ schreit gerade ein noch junger Bursche, dessen Gesicht die südafrikanische Sonne schweißig ausgebleicht und ihm einen greisenhaften Ausdruck aufgedrückt hat — „ich bleib' dabei: Karl Heinz kommt auch heute noch nicht heim. Wird sich da unten in Kapstadt'n bisschen amüsieren — hastenich gesehn!“

„Halt's Maul, Grünshnabel!“ donnert ein derber, Werschritiger Kerl, indem er aufspringt und dem Kleinen mit der schmutzigen Faust unter der Nase herumfuchelt. „Wer was gegen unsern Karl sagt, kriegt's mit dem Peter zu tun! Verstanden?“

„Ich fürcht' mich noch lange nicht vor Dir!“ höhnt Peter seinen Widerfacher mit whischglänzenden Augen angründend. „Aber der Karl will immer was Besseres sein, als wir —“

„Ist er auch, brüllt der Hüne.

„Papperlapapp!“ macht der Kleine.

Und wieder sucheln vier Arme in der Luft herum.

„Still! Karl Heinzius ist unser Oberhaupt!“ ruft ein Tritter, ein besonnen dreinblickender Graubart, dem noch etwas schäbige Eleganz von früherher anhaftet, dazwischen.

„Bah! Goldgräber sind wir alle!“ wehrt Fritz verächtlich ab. „Grade so'n armer Kerl ist er, wie wir, wenn wir Pech haben und anstatt Gold Aeselfeine rausbuddeln!“

„Nuhig biste!“ schreit Peter erbost. Ein Griff nach dem grob zusammengeschobelten Büffelt — und eine der

Wischflaschen fliegt dem jungen Spötter ins Gesicht. Dröhnendes Lachen von allen Seiten, während Fritz sich mit der umgekehrten Hand das Blut von der Wade wischt.

„Na, nicht für ungut, Bärtschen!“ lacht Peter besänftigt. „Hast Deinen Denzettel. Basta!“

Und kräftig schüttelt er dem Kleinen die Hand, an der noch das Blut von der tiefen Schramme klebt, die der wohlgezielte Wurf gerissen hat.

Nicht stört das kleine Intermezzo die gute Laune der Goldgräber. Im Gegenteil. Lustig passen sie aus ihren kurzen Holzpfelsen draußlos und trinken und spucken und gestikulieren, wobei die Köpfe sich immer mehr erheben und die Unterhaltung immer erregter wird.

Bis Anton, der „Philosoph“, mit seiner dröhnenden Stimme ins Nebenzimmer ruft:

„O Mutter Wilhelmine! Wo steckst Du denn? Her mit den Würseln!“

„Jo, ja! Ich komme schon!“

Ein vertrocknetes altes Mütterchen humpelt eilfertig daher, in der ausgebluteten Hand ein paar fettigglänzender Würfel.

„Da, Anton! Und — viel Glück!“

Schon drängt sich alles mit spiellusternen Augen und wüstem Hallo um den runden Mittelstisch — da öffnet sich die Tür. Alle Köpfe fahren herum.

„Da ist er!“

„Der Karl!“

„Na, endlich zurück? 's war höchste Zeit!“

So schreit es aus whischheiseren Kehlen durcheinander — dem rasch Eintretenden entgegen.

Karl Heinzius wirft seinen breitkrämpigen Schlapphut auf einen Stuhl. Dann legt er mit wichtiger Miene das graue Bündel auf den Tisch.

„Das' Euch was mitgebracht, Jungens!“

Dreites Lachen auf allen Gesichtern.

„Der damit!“

Und schon wollen plumpe Bäuste das Bündel auseinanderreißen.

Doch rasch tritt Karl dazwischen.

„Halt, Jungens! Nicht anrühren! ... Papt mar au!“

Mit der Sorgfalt einer liebenden Mutter, die niemand dem derben Manne zugetraut hätte, läßt er einer Zipfel des Tuches — gerade so behutsam und vorsichtig, wie er es vorhin getan hatte, als er auf schwarzem Kamelrücken durch den glühenden Wüstenand trottete.

„Aaaaah —!“

Ein einziger Ausruf höchsten Erstaunens aus allen Kehlen.

Verblüffte Mienen. Weitausegerissene Augen, die das graue, unförmige Bündel anstarren wie ein Wunder der ...

Der länenhafte Peter ist es, der zuerst das ungewohnte Schweigen bricht.

„Et — Kund!“

„Wahrhaftig! Et — Kund!“ ehot es durcheinander, von den höchsten Bistektönen bis zum tiefsten Bierdab.

Mit übereinandergeschlagenen Armen lehnt Karl Heinzius an einem der groben Holzpfeller, die das Dreihäuschen stützen. Befriedigtes Schwunzeln umspielt seine lärtigen Lippen, als er gewahrt, wie all die harten Gesichter da vor ihm gleich Sonnenschein ein weiches Ausdrück verklärt.

„Ach, wie lange ist es wohl her, daß diese rauhen Gesichter kein Kind mehr sahen! ... Vielleicht hat der

Bermischtes.

1 200 000 Mark Silbergeld beschlagnahmt. Die Berliner Kriminalpolizei war drei Händlern auf die Spur gekommen, die russisches Silber vertrieben. Als sie verhaftet werden sollten, reisten die Schieber mit dem Schnellzug ab. Am Fahrkartenschalter konnte ermittelt werden, daß die Schieber Karten nach Frankfurt a. M. gelöst hatten und die Polizei nahm sofort die Verfolgung im Flugzug auf, das sie vor dem Zug nach Frankfurt brachte. Dort wurden die Schieber am Bahnhof erwartet und unauffällig begleitet bis in ein bekanntes Schieberhotel. Dann gaben sich die Beamten zu erkennen und beschlagnahmten das Silber, 1 200 000 Mark in Zarenrubel. — Am gleichen Tag wurde in Berlin eine andere Silberfälschung im Wert von 100 000 Mark beschlagnahmt.

Der Wirbelsturm erforderte nach einem Bericht aus Chicago 160 Tote und über 100 Verletzte. Der Sachschaden wird auf 9 Millionen Dollar geschätzt.

Mexikos Zinszahlungen. Mexiko, das jahrelang die Zahlung seiner Zinsen schuldig geblieben war, hat nun wieder mit der Zahlung von Zinsen auf seine Auslandsschulden begonnen.

Der Hauschwamm. In der gegenwärtigen Zeit der Kohlennot sucht man so viel Brennholz als möglich heranzuschaffen und dieses Holz wird vielfach wahllos in den Kellern aufgetürmt. Dabei kommt es häufig vor, daß auch vom Schwammgewebe durchwachene Hölzer mit eingelegt werden. Ist die nötige Feuchtigkeit vorhanden, so wuchert das weiße Schwammgewebe alsbald weiter, ergreift das übrige Brennholz, aber auch das Konstruktionsholz des Hauses und sogar das Mauerwerk. Das Brennholz wird weich und verliert seine Heizkraft. Im Haus wuchert der Schwamm weiter und verbreitet einen pilzartigen Geruch. Deshalb ist Vorsicht beim Einlegen von Brennholz nötig. Man erkennt vom Schwamm ergriffenes Holz an den feinen weißen Flecken an der Oberfläche oder bei altem Holz an dem Pilzgewebe, mit dem das Holz wie durch zottiges Wurzelwerk überzogen ist. Erkranktes Holz ist auszuschneiden und sofort zu verbrennen.

Kriegsanleihe und Heeresgut. Durch eine Verfügung des Reichsfinanzministeriums ist bestimmt worden, daß künftig die Kaufpreise für Heeresgut in allen Fällen in bar zu entrichten sind. Der Käufer kann jedoch bei der Barzahlung den Antrag stellen auf Zahlung in Kriegsrente, vorausgesetzt, daß die Kriegsanleihe von ihm angezeichnet ist. In diesem Fall wird dem Käufer der entsprechende Barbetrag in Umtausch gegen die Kriegsanleihe zurückerstattet, wobei 2 vom Tausend für Kosten abgezogen werden. Für den Umtausch der Kriegsanleihe gilt außerdem noch die Bestimmung, daß die Verkaufsstellen Kriegsanleihen nur von denjenigen Personen oder Stellen in Zahlung nehmen, die den Kauf unmittelbar abgeschlossen haben.

Protest der Zugmeister. Die Zugmeistervereingung, der die Zugführer und deren Anwärter angehören, erhob gegen den Entschluß des Reichskabinetts auf eine Herabsetzung des unteren Eisenbahnpersonals um eine Klasse in der neuen Besoldungsordnung energischen Protest. Die Zugführer wollen sich mit dieser Lösung unter keinen Umständen abfinden.

Winterbeihilfe für Erwerbslose. Durch eine Verordnung des Arbeitsministeriums wird die Winterbeihilfe an Erwerbslose auch für den Monat April 1920 in Geltung bleiben.

Grundlohn und Versicherungspflicht. Der Reichsrat hat dem Gesetzentwurf über den Grundlohn zugestimmt. Der Grundlohn soll sich demgemäß künftig in den Grenzen von 15 bis 20 Mark bewegen. Die Verpflichtung zur Krankenversicherung wird auf Einkommen bis 12 000 Mark erhöht.

Preiserhöhung. Der Reichsrat stimmte der Verordnung zu, nach der der Zuckerpriß von 101.60 auf 135 Mark der Zentner erhöht wird. Auch die Erhöhung der Schammweinsteuer wurde angenommen.

Schnakenverteilung. Infolge des außergewöhnlich milden Winters sind die Schnaken nicht wie sonst erkranken. Wir haben deshalb einen besonders schlimmen Schnakenommer zu erwarten. Die Tiere streben jetzt ins

sine von ihnen ein Baby im zartesten Alter droben in der nordischen Heimat zurückgelassen ... vielleicht ein anderer vor Jahren an einem winzigen Grabe standen ... vielleicht ein dritter sich brennend gefehnt nach einer weichen Amlerhand, die ihm in Anbändem Spiel die Organe fallen von der Stirn streichen sollte ...

Wer weiß, was all diese bunt zusammengewürfelten Menschen dazu trieb, die Heimat zu verlassen, um hier unten in tropischer Sonnenglut, in der geistlichen Einsamkeit der südafrikanischen Karoo, nach Schätzen zu graben!

War es Goldgier? Oder Abenteuerlust? Oder Flucht vor der irdischen Gerechtigkeit? ...

In allen aber weht das gargerundete Kinderge-sichtchen, aus dem ein Paar großer, nachdunkler Augen verwundert in die Welt blickt, weiche, heilige Empfindungen, die sie längst erschlossen wußten — begraben in dem Schoß der Zeit.

Auch die alte Mutter Wilhelmine ist näher getreten. Die zitternden Hände über dem grauen Kopf zusammengeschnitten starrt auch sie wie entzückt in das kleine Gesicht.

„Woher? Woher?“ stammelt sie bewegt.

„Woher? Ja, woher?“ ruft es durcheinander — doch nicht in jenem rüden Ton, der noch vor wenig Minuten die Unterhaltung der Männer kennzeichnete. Es ist, als empfinde jeder eine seltsame Schen, in Gegenwart des süßen Kinderge-sichts rohe Worte zu gebrauchen.

Einige Sekunden schweigt Karl Heinzlins noch, wie in Sinnen versunken. Dann beginnt er zu erzählen, während seine Hand auf dem grauen Bündel ruht, als gälte es, das kleine lebende Wesen zu schützen vor jeder ihm etwa drohenden Gefahr ...

Er hatte da unten in Kapstadt seine Einkäufe beendet. Das Kamel stand bereit zum Ummarsch für den nächsten Morgen. Draußen auf dem Meer Unwetter. Am Hafen alles in Sorge um den großen Ozeandampfer „Africana“, der bereits seit mehreren Tagen überfällig war. Und noch immer nichts von ihm zu sehen, soweit auch scharfe Augen durchs Fernrohr nach ihm auslugten. ... Auch er selbst, Karl Heinzlins, wurde von all dieser Unruhe mit angeleckt. Unschlüssig trieb er sich am Kasenai herum. Mehr und mehr verfinsterte sich der Himmel. Windstoß auf Windstoß. Gedröhn auf Gedröhn —

(Fortsetzung folgt.)

Freie, um ihre Brut abzusehen. Gegen Abend sitzen sie in Schwärmen an den südlichen und westlichen Kellerfenstern, wo sie mit Leichtigkeit mit einem nassen Tuch zerdrückt werden können. Da die Tiere sich ungeheuer vermehren — eine einzige Schnake kann bis zum Herbst mehrere hunderttausend Nachkommen haben —, ist es von Wichtigkeit, daß alle Bewohner der in der Nähe von Gärten oder Wald gelegenen Häuser sich dieser kleinen Arbeit, die kaum 10 Minuten täglich erfordert, unterziehen.

— **Die Reichstagswahlen** werden voraussichtlich am 30. Mai stattfinden.

— **Die Rodenweisererei** hatte für die beteiligten deutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern im Jahr 1919 ein Ergebnis von 318 938 Kg. im Wert von 1 327 297 M. Das bedeutet gegenüber 1918 eine Steigerung der Menge nach um 66,3 Prozent, dem Wert nach um 136,3 Prozent. Der Anteil Badens beträgt dem Wert nach 57,9 Prozent, derjenige Württembergs 37,2 Prozent und derjenige Bayerns 4,9 Prozent.

— **Die Fleischzufuhr.** Schweinefleisch wird wegen der schlechten Währungsverhältnisse in der nächsten Zeit nur in ganz beschränktem Maße eingeführt werden können und diese Einfuhr wird, wie der Speck, den Bergarbeitern vorbehalten bleiben. Die Lieferung von Büchsenfleisch soll in der bisherigen Weise fortgesetzt werden.

— **Bessere Margarine.** Nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums sollen zur Herstellung der Margarine bessere Rohstoffe beschafft worden sein. Das war höchst notwendig, denn das Zeug, für das man 8.20 M. das Pfund erlegen mußte, sank zum Himmel. Auch der übermäßige Wassergehalt von 20 Prozent wird auf 16 Prozent herabgesetzt. Die Landesfettstellen sind angewiesen worden, das Kunstfett nicht mehr so lange lagern zu lassen, sondern baldigst nach Empfang an die Bevölkerung zu verteilen, da dem Einlagern eine wesentliche Schuld an Verderben dieses Fetts zugeschrieben wird. Durch das unsinnige Aufspeichern sind an Lebensmitteln schon Hunderte von Millionen Taptut gemacht worden.

— **Die Bewirtschaftung des Alleders.** Bei dem immer geringer werdenden Anfall von Alleder verlohnt sich in manchen Kommunalverbänden die Zwangsbewirtschaftung nicht mehr. Den Verbänden ist es daher freigestellt worden, je nach Bedarf die Bewirtschaftung von Altschuhwerk und Alleder beizubehalten oder den Verkehr freizugeben. Nur für die Militärschuhe und das Leder aus Heeresbeständen wird die Zwangsbewirtschaftung gleichmäßig beibehalten.

— **Zementpreiserhöhung.** Am 1. Februar wurde der Zementpreis auf 2300 M. für 10 Tonnen ohne Verpackung festgesetzt. Dieser Preis wurde ab 1. März, und zwar gleichmäßig für das ganze Reichsgebiet, auf 3900 M. erhöht.

— **Preiserhöhung.** Der Preis für 60-prozentige Schwefelsäure ist auf 60 M. die 100 Kg. festgesetzt worden. Der Glycerinpreis wurde für Heilmittel auf 24 M., für die Sprengstoffherstellung auf 21 M. erhöht. Glycerin soll wieder aus Zucker hergestellt werden. Das wird eine Verminderung der Zuckermenge und eine weitere Verteuerung des Zuckerprißes zur Folge haben.

— **Der Kleiepreis** wurde von 14.50 M. auf 17.75 M. der Zentner erhöht und der Preis für Papiergewebesäckchen auf 7 Mark, für dreifach gefaltete Papiersäckchen auf höchstens 4 M. für 100 Kg. festgesetzt.

— **Zuckerrübensaft.** Vom 1. März an beträgt der Preis für Zuckerrübensaft ohne Faß ab Fabrik 95.50 M., im Großhandel 111 M., im Kleinverkauf 146 M. der Zentner einschließlich 1 1/2 Prozent Umsatzsteuer.

— **Tschechischer Zuder.** Mit der Tschecho-Slowakei ist ein Tauschkauf über 10 000 Tonnen Zuder abgeschlossen worden, wovon bis jetzt 1000 Tonnen in Deutschland eingetroffen sind. Die deutsche Gegenlieferung besteht in Salz, Waffen, Munition u. a.

— **Einfuhr alkoholischer Getränke.** Im Winter 1919—20 sind aus dem Ausland 5000 Hektoliter Rum eingeführt worden. Branntwein wird aus der Tschecho-Slowakei bezogen. Bismarck-Bier dürfen solche Gastwirtschaften in Deutschland einführen, die schon vor dem 1. August 1914 Bier aus Böhmen bezogen haben. An Wein wurde für die verlosenen Monate Dezember, Januar und Februar eine Einfuhrerlaubnis im Betrag von 25 Millionen Mark erteilt. Außerdem darf Wein, der vor Erlaß der Kontrollbestimmungen im besetzten Gebiet aus dem Ausland eingeführt wurde, durch den ermächtigten Handel im Reich abgesetzt werden.

Die Redar-Kanalisierung.

Stuttgart, 31. März. (Vom Landtag.) Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, schon vor dem Uebergang der Wasserkräfte auf das Reich die Kanalierung des Neckars von sich aus durchzuführen. Im Rechnungsjahr 1920 soll für diesen Zweck bereits die Summe von 50 Millionen Mk. flüssig gemacht werden. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss nahm einen von sämtlichen Parteien gestellten Antrag an: „Die württembergische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die Reichsregierung der Nationalversammlung eine Vorlage wegen Bewilligung der Baumittel für die Herstellung eines Großschiffahrtswegs für das 1200 Tonnenschiff auf dem Neckar von Mannheim bis Balingen unter gleichzeitigem Ausbau der Wasserkräfte in dieser Strecke macht, und daß das Reich die Bauarbeiten in Angriff nimmt. Die Regelung des Uebergangs des Neckars in Eigentum und Verwaltung des Reichs gemäß Art. 97 der Reichsverfassung im einzelnen soll vorbehalten bleiben.“

Die Gesamtkosten der Kanalierung des Neckars von Mannheim bis Balingen sind zu Vorkriegspreisen zu 150 Millionen Mk. veranschlagt. Der tatsächliche Aufwand kann bei der Unsicherheit der Preisgestaltung nicht festgestellt werden. Ebenso ist die Dauer der Bauzeit unsicher. Das Reich erhält die Entgeltungsbestimmungen, die Tarifhoheit, die Strom- und Schiffs-fahrtspolizei, sowie die durch die Kanalierung zu gewinnenden Wasserkräfte. Die gemeindbare Kraft beträgt an der ganzen Strecke rund 60 000 PS, die (nach Vorkriegspreisen) einen kapitalisierten Ertrag von 154 Millionen Mk. erwarten lassen. Württemberg stellt die 13 Millionen Mk. der Robert Bosch-Stiftung zur Verfügung. Als erste Baustellen sind auf württembergischem Gebiet die Wasserkräftenanlagen bei Redar-feld, Horkheim, Oberlürkheim und Oberlillingen vorgesehen.

Wenn die Nationalversammlung die angeforderten Mittel genehmigt, könnte schon in diesem Frühjahr mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Diebstahl. In dem Kaufhaus von Rudolf Verhog in Berlin wurden durch Einbruch Waren im Wert von 100 000 Mark gestohlen. — Eine auffallend milde Strafe erhielten zwei Kirchenräuber aus Berlin, die in der kath. Kirche in Werder einen goldenen Abendmahlskelch und silberne Geräte gestohlen hatten. Die Verbrecher wurden unter Zubilligung „milderer Umstände“ zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt, wovon noch 2 Monate Untersuchungshaft abgehen. — Da kann man schließlich einen Kirchenraub schon riskieren.

Ein Wahlspruch Schillers. Unter dem 5. Mai 1795 schreibt Schiller aus Jena: „Müde (das h ist ausgelassen. D. Red.) für die Idee der Menschheit, gütig und menschlich gegen die einzelnen Menschen und gleichgütig gegen das ganze Geschlecht, wie es wirklich vorhanden ist, das ist mein Wahlspruch.“ Dieses merkwürdige Bekenntnis ist einem an V. Erhard gerichteten Briefe entnommen, dessen Handschrift sich im Marbacher Schiller-Museum befindet.

— **Postsache.** Gewöhnliche und eingeschriebene Briefe nach Ungarn sind nur offen zulässig.

— **Neue Erhöhung der Kohlenpreise.** Die rheinisch-westfälischen Kohlengruben haben bei der Reichsregierung eine weitere Erhöhung des Kohlenpreises um 25 Mark die Tonne beantragt mit der Begründung, daß eine neue Lohnerhöhung bevorstehe. Diese Lohnerhöhung tritt nach dem bereits getroffenen Abkommen am 1. April ein, bergestellt, daß die Arbeiter über 20 Jahre für die Untertagsarbeit, sowie die Bedingarbeiter für die Schichtdienstzeit 5.50 M. mehr erhalten; der Lohn der Ubertagsarbeiter wird um 90 Pfg. die Stunde erhöht; die unter 20 Jahre alten Arbeiter erhalten entsprechend höhere Entlohnung. — Seit Beginn des Jahres 1920 sind die Kohlenpreise bereits dreimal erhöht worden: am 1. Januar um 40.60 M., am 1. Februar um 35 M. und am 1. März um 15 M. die Tonne.

— **Fett aus Amerika.** Eine amerikanische Handelsgruppe hat Deutschland einen Kredit von 25 Millionen Dollar zur Beschaffung amerikanischer Lebensmittel, besonders Fett, gewährt. Die ersten Sendungen sind bereits von Amerika abgegangen.

— **Die Versicherungsgrenze.** Einer neuerlichen Meldung aus Berlin zufolge hat der Reichsrat den Beschlüssen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung aus „politischer Klugheit“ zugestimmt, die obere Grenze für die Krankenversicherungspflicht auf Arbeitslohn bis 20 000 M. zu erhöhen. Die Grundlöhne, nach denen sich die Beiträge und Leistungen der Krankenkassen richten, fanden bisher ihre Grenze in einem Höchstbetrag von 10 M. Wurde der Versicherte arbeitsunfähig, so konnte er höchstens ein tägliches Krankengeld von 7.50 M. erhalten. Die Bestimmungen der Krankenkassen gingen dahin, die Höchstgrenze auf wenigstens 20 M. hinaufzusetzen, womit die Möglichkeit gegeben wäre, das tägliche Krankengeld auf 15 M. zu erhöhen. Ob die Krankenkassen 15 M. täglich, das sind 75 Prozent des Grundlohns von 20 M., leisten können, hängt von ihrer finanziellen Lage ab. Als Regelleistung hat die Reichsversicherungordnung 50 Prozent des Grundlohns festgelegt. Die bisherigen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes setzten der Versicherungspflicht der Angestellten eine Grenze in einem Jahresverdienst von 5000 M. Diese Grenze wollte eine neue Verordnung auf 12 000 M. festsetzen. Die Wünsche der Krankenkassen gingen noch weiter; diese wollten die Versicherungsgrenze ganz beseitigt wissen. Die völlige Beseitigung jeder Grenze scheiterte aber an dem Widerstand der Ärzte. Angestellte mit einem Jahresverdienst bis zu 20 000 M. würden nun also nach der neuen Gesetzesvorlage versicherungspflichtig.

Die Notlage der Inneren Mission.

ep. Besonders schwer getroffen sind von der wachsenden Verteuerung der gesamten Lebensverhältnisse die Werke und Anstalten der Inneren Mission. Fast durchweg angewiesen auf freiwillige Gaben und Stiftungen, sehen sie ihre Einnahmen nicht wie andere Betriebe entsprechend der gewaltigen Vermehrung der Ausgaben steigen, sondern im Gegenteil zurückgehen, da die meist nicht in den Kreisen der „Begüterten“ zu suchenden Freunde und Förderer ihrer Arbeit vielfach außerstande sind, auch nur die bisherigen Beiträge weiter zu leisten. So rückt manchen dieser Anstalten die Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bedenklich nahe. Was es aber für unser Volk bedeuten würde, wenn es wirklich dazu käme, mag man an der Tatsache erkennen, daß es die Innere Mission ist, die die Kranken-, Armen- und Jugendpflege, die Fürsorge für Gefährdete, Verlassene, Hilflose jeder Art in unserem Land zu einem ganz wesentlichen Teil in Händen hat und seit Jahrhunderten in vorbildlicher Weise betreibt. Diese vielfältige Arbeit zu übernehmen ist der Staat, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, nicht in der Lage. Im Blick auf diesen Stand der Dinge ist es dringend nötig, daß die Opferfreudigkeit aufs neue angeregt und belebt werde. Jedes einzelne Werk, das wegen mangelnder Betriebsmittel aufgegeben werden müßte, wäre ein schwerer Verlust für die Volkswohlfahrt; unsere Zeit würde eher die Verdoppelung der Liebestätigkeit erfordern.

Ge-schlechts-krank-heit!
Dasche Hilfe durch gisfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, Syphilis, Schwäche, Mannes-
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer Str. 123B. Sprechst. 9-11, 2-4, Sonntags 10-11 Uhr.
Genaue Angabe d. Leidens erforderlich, damit d. richtige Brochüre geschickt werden kann.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 6. April 1920.

Die Osterfeiertage liegen hinter uns. Leider konnte man heuer nicht, wie man im allgemeinen von prächtigem Wetter zu sagen pflegt, von einem „Osterwetter“ sprechen, denn es regnete am ersten Feiertag jede halbe Stunde, am Montag nur 1 mal aber — den ganzen Tag. Die vielen Touristen, die in dem guten Glauben auf Aufheiterung Sonntag und Montag früh nach Wildbad fuhren, um von hier aus ihre Osterwanderung zu machen, mußten ihren Plan aufgeben. Mißgestimmt, vergrämt und durchnäßt bis auf die Haut, lehrten die meisten wieder in Wildbads gastliche Mauern zurück. Gewiß, es ist sehr ärgerlich, wenn man sich wochenlang darauf freut wieder einmal den langentbehrten Sonntagszug benutzen zu können und man wird auf diese Weise eingeseift. Die Vergnügungsetablissemments hatten am meisten von diesem Aprilwetter. Die Li-Li-Lichtspiele im Saale zur „Alten Linde“ in dem am Sonntag das Sensationsdrama „Sein Verderben“ gegeben wurde, waren nachmittags und abends dicht besetzt und konnten sich die „Beregneten“ wieder einigermaßen schadlos halten.

Am Montag spielte die 1. Mannschaft des hiesigen Fußballvereins gegen F.-Cl. Nordstern-Pforzheim mit 1:0 Toren für Pforzheim, die 2. Mannschaft gegen Fußball-Cl. Birkenfeld mit 6:1 Toren für Birkenfeld.

Eingefandt. Nach berühmten Mustern streift hier die elektr. Knochenmühle. Bei der herrschenden Körnerfutternot ist der Geflügelhalter und Eierabnehmer froh, wenn er mit Knochenmehl seinen Geflügelbestand aufrecht erhalten kann. Leider scheint jede Aussicht vorhanden zu sein, daß sich die Knochenmühle bald auf ihre Pflanz beschränkt. Oder liegt die Ursache an dem Versagen der Maschine anderswo?

— **Was der April bringt!** Am 1. April treten das Kapitalertragssteuergesetz und das neue Tabaksteuergesetz, das auch die neue Vanderolsteuer in sich schließt, in Kraft. Der letzte Termin für die Steuernachricht läuft am 15. April ab. Das bisherige Reichskommissariat für das Wohnungswesen wurde am 1. April aufgelöst. Am gleichen Tage gingen die Staatseisenbahnen auf das Reich über. Am 1. April traten für den Postverkehr neue Dienstmarken ein.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Von den politischen Ereignissen letzter Woche blieb auffallenderweise der Valutamarkt fast unberührt. Die deutsche Devisen in Zürich schloß mit 8 Kappen, was sogar eine Erholung gegen die Vorwoche bedeutet. Besondere ist der letzte Reichsbankausweis mit seinem ungeheuren Notenumlauf von 42 Milliarden. Solange der Geldmarkt von der Papierflut überflutet wird, ist an eine dauernde Besserung unserer Valuta nicht zu denken.

Börse. Die Ausruhmung der Räterepublik im Ruhrgebiet hat auch die Börse verhältnismäßig wenig gestört. Die Montanwerte freilich erfahren in Berlin und in Frankfurt einla-

gungsschwäche. Umso besser aber stellten sich die deutschen Anleihen, und alle ausländischen Werte, unter denen die Magdeburger auf die Nachricht, daß das Land seine Zinszahlungen wieder aufnehmen wolle, eine tolle Haufe erlebten.

Produktenmarkt. Je näher die Zeit heranrückt, in der das heutige milde Frühjahr den ersten Wiefenschnitt verspricht, je günstiger sich die Saaten entwickeln, umso mehr läßt die Nachfrage nach. Besonders Heu ist stark im Preise gefallen. Auch Stroh geht langsam zurück. Das Hopfen-geschäft ist ruhig geworden.

Warenmarkt. Auf einem großen Teil der Kohlen-zweige herrscht nun doch der Streik, oder sie sind durch die Macht des Aufstiegs stillgelegt. Die ungeheuren Kosten der Sowjetwirtschaft im Ruhrbezirk wird eine alsbaldige weitere Preissteigerung der Kohle hervorgerufen und natürlich auch eine solche in Eisen nach sich ziehen. Mit dem erhofften Leder-Preisabschlag scheint es noch lange nichts zu werden, denn die Häutepreise sind wieder erhöht worden und die wilde Spekulation beherrscht den Markt. In Spinn- und Webstoffen nimmt die Warenknappheit noch zu. Große Zentren, wie Wachen, Bielefeld, Barmen usw. sind völlig lahmgelegt und werden sich von bolschewistischen Kriegszuständen nicht so bald wieder erholen. Das Tabakgeschäft bleibt ungesund, obgleich die neue Steuer noch nicht in allen Einzelheiten in Kraft tritt.

Viehmarkt. Die Maul- und Klauenseuche verdrängt viele Viehmärkte. Die Schweinemärkte sind gut besahren, die Ferkel-preise bleiben hoch. Der Konsum in den Städten möchte auch einmal erfahren, wozu all das Schweinefleisch kommt.

Holzmarkt. Der erhoffte Holzabschlag ist bis jetzt ausgeblieben. Man hört immer wieder von verschärften Regie-rungsmaßnahmen gegen die spekulative Holzexport ins Ausland, aber die ungeheure Nachfrage nach Holzsorten aller Art wird nicht geringer. Nur die Preise für unsortierte Bretter sind um 100 Mark zurückgegangen, nolleren aber immer noch 1100 bis 1200 Mark. Rundholz ist eher noch gestiegen.

Vermischtes.

Öffentlicher Tanztag. Das Heidelberger Bezirksamt macht bekannt: „Nachdem der Fastnachtstag als öffentlicher Tanztag ausgefallen ist, wird für den Stadt- und Landbezirk Heidelberg der Ostermontag für das Jahr 1920 zum öffentlichen Tanztag bestimmt.“ — Das „Heidelberger Tagblatt“ bemerkt hierzu: „Öffentlicher Tanztag in Heidelberg, während unser Freiwilligen-bataillon im Ruhrgebiet blutet, unsere Einwohnerwehr sich in dauerndem Alarmzustand befindet und auch über Baden das Ge-pensel des Bruderkriegs droht!“

Einbruch. Bei einem Einbruch in die Synagoge in Frei-hurg i. V. fielen den Dieben silberne Kullgegenstände, Gebet-bücher und ein Talar in die Hände. Die silbernen Sachen wur-den umgeschmolzen und zu 1700 Mk. verkauft. Der Schaden belief sich auf 60 000 Mk. Die 7 Einbrecher erhielten Zucht-hausstrafen von 4 Jahren 1 Monat und darüber, einer wurde zu Gefängnis von 1 Jahr 6 Monaten verurteilt.

Raub. Ein Sonderzug, in dem sich der Zahlmeister der Süd-westbahn von Frankfurt mit einer größeren Geldsumme für Ge-haltszahlungen befand, wurde bei Eimmery von 50 Bewaffneten angehalten. Das Geld wurde geraubt.

Autounfall. Am Karfreitag abend stieß an der Ringstraße in Köln ein englisches mit 20 schottischen Soldaten besetztes Auto in voller Fahrt mit einem elektrischen Strahlenbahnzug zusammen. Von den Insassen des Automobils, das völlig zer-trümmer wurde, blieben zwei Soldaten tot, sechs wurden leicht und vier schwer verletzt.

Steppenbrand. In den Pampas von Argentinien kamen, wie gemeldet wird, bei einem Steppenbrand 15 000 Schafe und einige tausend Kühe in den Flammen um. Der Schaden beträgt über eine Million Dollar.

Was jetzt dem Tabak beigeigt werden darf. Ueber die Ersatzstoffe, die dem Tabak beigeigt werden dürfen, trifft eine besondere Tabakerzählungs-Ordnung eingehende Bestimmungen. Zur Weiterverwendung bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen und zur Herstellung tabakähnlicher Waren sind folgende Stoffe zu-gelassen: Blätter der gewöhnlichen Klasse oder Süßholzwurzel und Blätter der Weichsel- oder Sauerkirchse, Steinlees, eingezogene Rosenblätter, Beilwurzelpulver, Vanilleroots, getrockneter Waldmeister, Wegebrettblätter, Mittelblätter, Luftschlößchen, Baldrianwurzel, getrocknete Brennnesseln, Krauseminze, Zitronen-schalen, Lavendel und Thymian. Tabakmischwaren müssen aber auf der Verpackung in einer für den Käufer leicht erkennbaren Weise und in deutscher Sprache den Hersteller, die Bezeichnung „Tabak-mischware“, das Verhältnis des reinen Tabaks zum Ersatz im Gewichtsteile sowie den Inhalt nach deutschem Gewicht oder Stück-zahl enthalten. Tabakähnliche Waren müssen als solche bezeichnet werden. — Und für diesen Hochgenuss die erhöhte Tabaksteuer?

Was Serbien von Deutschland fordert. Wie der Pariser Korrespondent der „Volksstimme“ seinem Blatte berichtet, hat der südslawische Vertreter in der Wiedergutmachungskommission Voshkowitz am letzten Tage der Feiertage die endgültige Liste der Werte überreicht, die Serbien auf Grund des Versailler Vertrages von Deutschland fordert. Dieser Anspruch muß freilich um Geltung zu erhalten, in der Kommission als be-rechtigt anerkannt werden. Serbien verlangt, als Ersatz des von Deutschen und Österreich-Ungarischen Militärbehörden requirierten Viehs 52 000 Zugochsen, 100 000 drei- bis vierjährige Zuchtschweine, 5000 ein- bis dreijährige Stiere, 50 000 drei- bis fienjährige Zuchtschafe, 1000 drei- bis fienjährige Hengste, 2000 Saupferde, 400 000 Schafe und 20 000 Hammel. Dazu kommt Material für Industrie und Gewerbe im Wert von 200 Millionen, Brücken- und Wegebaumaterial, darunter 30 stierne Krückenkonstruktionen nach Vorlage, im Wert von 200 Millionen. Serbien erwartet die Lieferung zum Teil bis zum Juli dieses Jahres.

Joppot als Spielhölle. Das bekannte Ostersbad Joppot im „Freistaat Danzig“ wird jetzt eine Spielhölle werden. Der seit einigen Jahren dort bestehende „Gesellschafts- und Sport-verein“ hat von der Stadtverwaltung die Erlaubnis zur Er-öffnung von Spielfeldern erhalten. Die Gesellschaft hat die Hälfte des Reingewinns an die Stadt abzuführen.

Vom Bodensee, 5. März. (Ausgeschlossen.) Dem Vorstand der U. S. P. in Ueberlingen, dem Arbeiter A., wurde ein Kind getauft. Zu Paten hat er den Rechnungsrat a. D. Eng., der zugleich Vorstand des Dem. Vereins ist, und als Patin die Frau Dr. S., die der Deutsch-nationalen Volkspartei angehört. Nach ein-stimmigem Beschluß seiner Parteifreunde wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

Heidelberg, 5. April. Der sozialdem. Reichstags-abgeordnete Arbeitersekretär Chr. Stod wird zum Un-terstaatssekretär im Reichswehrministerium ernannt werden. Abg. Stod war jüngst zum Bürgermei-ster in Weinheim gewählt worden, hatte aber die An-nahme des Amtes abgelehnt. Er ist von Beruf Zigar-renarbeiter und seit Jahren Gauleiter des Deutschen Ta-bakarbeiterverbandes in Heidelberg.

Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarken 21 werden Eier abgegeben.
Listenschluß Mittwoch abend 6 Uhr.
Stadt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die Pferdebesitzer, welche ihre Rechnung von den letzten Futtermitteln noch nicht bezahlt haben, wollen dieses um-gehend besorgen, andernfalls 50 Pfg. Einzugsspesen berechnet werden.

Stadt. Mehl- u. Futtermittelabgabestelle.

Bekanntmachung.

Das von den Geflügelhalter bestellte Hühnerfutter kommt nächsten Donnerstag vormit. 8—12 Uhr in der Wagen-halle beim Kühlen Brunnen zum Verkauf.

Auf 1 Huhn kommt circa 1 Pfund, das Pfund kostet 70 Pfg. Die Partzellen erhalten das Futter durch ihren Anwalt.

Stadt. Mehl- u. Futtermittelabgabe.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-nahme beim Hinscheiden unseres lieben Gat-ten, Baters, Großvaters, Schwagers, Bruders und Onkels

Karl Pfeiffer

insbesondere für den erhebenden Gesang des Liederkranzes, für die reichen Kranzspenden so-wie für den ehrende Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte danken herzlich

Wildbad, den 6. April 1920.

die trauernden Hinterbliebenen.



Schuhwaren

Pantoffeln

und Hauschuhe mit Ledersohlen

Gummi-Abfälle, Leders, Maccos, Seide u. Eisen-garnriemen, sowie feinste, geruchlose Schuhereme in schwarz, weiß und farbig empfiehlt

Bermann Tuch, Schuhgeschäft, Wildbad.

Von der Reise zurück

Dr. Hans Fritz

Sprechstunde 11—12 und 3—4 Uhr ausgenommen Sams-tags und Sonntags Parksstraße 301.

Dr. Helene Fritz-Hölder

Frauenärztin

Sprechstunde 3—4 Uhr, ausgenommen Samstags und Sonntags Haus Hecker.

Konfirmandenlisten

40 S sind von Mittwoch nachmittag ab zu haben in der Geschäftsstelle des

Wildbader Tagblatt.

Als Vermählte grüßen:

Karl Grossmann

Anna Grossmann

geb. Henne.

Wildbad, Ostern 1920.

Zu unserer am Donnerstag, den 8. April stattfindenden

Hochzeits-Feier

laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte in das Hotel Maisch abends zu einem Glas Wein herzlich ein.

Richard Nachtrieb
Johanna Hammer.

Kirchgang um 1/2 1 Uhr vom Hotel Maisch aus.

Zwei Sechszimmer-Wohnungen

per sofort zu vermieten.

Anfragen unter Chiffre B 1 an die Exped. ds. Blattes.

Aufruf!

Die Ereignisse der letzten Wochen haben bewiesen, daß nur eine demokratische Regierung Ruhe und Ordnung sichern und damit den Boden für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes schaffen kann. Jede extreme politische Richtung reißt unser Volk auseinander und legt den Keim zu neuem Bürgerkrieg.

Die deutsche demokratische Partei ist nach ihrer poli-tischen und wirtschaftlichen Richtung in erster Linie geeignet, alle Klassen unseres Volkes zu gemeinsamer Arbeit zu sammeln.

Darum trete ihr jeder politisch freidenkende Bürger bei, dem eine Gesundung unseres Landes am Herzen liegt. Der Ausschuss der deutsch-demokrat. Partei: Ortsgruppe Wildbad.



Turn-Verein
Wildbad.

Heute Dienstag

abend 8 Uhr

Turnstunde.

Bolzähliges Erscheinen der Turner dringend notwendig. Zugleich findet

Ausschuß-Sitzung

in der Turnhalle statt, wozu die verehrl. Ausschußmitglieder dringend eingeladen werden.

Der Vorstand.

Mk. 40000

sind auf ein oder mehrere Posten gegen gute Sicherheit auszuleihen.

Anfragen unter Z. 120 an die Exped. ds. Blattes.

Eine

Knochenmühle,
(Fabrikat Diet) für Kraft-betrieb, sowie

ein Firmenschild hat zu verkaufen

E. Reinhard.

Frostheil in Tuben
Cosmetikum

bei Frostbeulen von sicherer Wirkung. Bei Gebr. Schmit, Grundner Nachf. Drogerie Wildbad.

Wildbad.

**Violin-Zither-,
Gitarre-Mandoline-
Saiten**

sind zu haben bei
Joh. Paucke,
Buchhandlung.

Guterhaltenes
Piano
oder Flügel aus Bri-tannien zu kaufen ge-sucht. Angeb. unter Chiffre E. 1473 an Rudolf Mosse, Stuttgart erbeten.

W. V. W.

Mittwoch, 7. April, nachm. 3 Uhr
Versammlung
im Kühlen Brunnen.
Dringendes Erscheinen nötig.

